

Eva Maria Welskop-Deffaa
Deutscher Caritasverband „Caritas international“
Pressekonferenz „Jahresbericht 2023“
Freiburg, 10. Juli 2024, 10:30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort!

Vielen Dank, lieber Herr Müller!

„Der Bundeshaushalt ist sozusagen in Zahlen geronnene Politik“, so hat vor fast einem Jahrzehnt Sigmar Gabriel seine Rede zum Haushaltsgesetz als Bundeswirtschaftsminister begonnen. „Deshalb“, so fuhr er fort, „macht es auch Sinn, über die politischen Zusammenhänge zu sprechen, die hinter diesem Zahlenwerk stehen.“

Herr Müller hat sehr deutlich über die politischen Zusammenhänge gesprochen, in die die Ausgaben für internationale Solidarität und diejenigen für nationale Sozialleistungen einzuordnen sind. Ich hoffe sehr, dass es mit diesem Verweis auf die politischen Handlungsnotwendigkeiten gelingt, den Ampel-Fraktionen deutlich zu machen, dass rigorose Budgetkürzungen im Bereich der humanitären Hilfe nicht zukunftssträchtig sind – ebenso wenig wie der Versuch, im demographischen Sorgenland die Schuldenbremse mit Einsparungen bei der sozialen Infrastruktur und bei den Pflegeausgaben einzuhalten.

Humanitäre Hilfe ist ein Akt politischer Verantwortung. Das gilt nicht zuletzt auch für die Hilfe im Gaza-Streifen.

Im Gaza-Streifen geht es wie im Ost-Kongo um einen der dramatischsten Krisenherde der Welt. Mit großer politischer Brisanz und humanitärer Relevanz. Und viel zu wenig Hilfe!

Es gehen für die Opfer des Gaza-Krieges private Spenden ein, aber sie decken in keiner Weise den Bedarf. Wir kennen diese Lücke aus ähnlichen Konflikten. Dort, wo es sich um einen politisch aufgeladenen Krieg handelt, gehen erfahrungsgemäß deutlich weniger Spenden ein als für Opfer von Naturkatastrophen. Obwohl die Zivilbevölkerung grausam in Geiselnhaft genommen wird und die Menschenverachtung der Kriegsparteien das Lebensrecht von kleinen Kindern, Schwangeren und alten Menschen brutal in Frage stellt.

Dass unser Antrag auf Förderung unserer Gaza-Hilfe in Höhe von 4,3 Millionen Euro im Auswärtigen Amt abgelehnt worden ist, ist sehr bitter. Nicht nur weil wir es mit einer der größten humanitären Katastrophen dieser Zeit zu tun haben. Die Krise erfordert schnelles und kraftvolles

Handeln - so schnell wie möglich, um der Destabilisierung der Region etwas entgegenzusetzen. Es wäre dafür aus unserer Sicht notwendig, schon jetzt den Menschen im Gaza-Streifen mit Übergangshilfen und Wiederaufbauprojekten eine Perspektive aufzuzeigen.

Im Gaza-Streifen warten derzeit mehr als zwei Millionen Frauen, Männer und Kinder auf Hilfe. Die 90 bis 100 Lastwagen, die im Durchschnitt täglich mit Hilfsgütern in das Krisengebiet hineinkommen, sind viel zu wenige. Das ist nicht einmal ein Fünftel der 500 LKW-Ladungen mit Gütern, die vor dem 7. Oktober in den Gazastreifen kamen - und das, obwohl der Bedarf mittlerweile deutlich gestiegen ist. Wir appellieren erneut an die militärisch und politisch Verantwortlichen, die Grenzübergänge offenzuhalten und Hilfslieferungen zügiger abzufertigen als bisher, um eine weitere Eskalation des humanitären Desasters zu verhindern.

Wir sehen das Engagement der Außenministerin, auf dem Verhandlungswege zu Lösungen beizutragen. Um eine humanitäre Eskalation zu verhindern, müssen Sicherheitsfragen schnell geklärt werden: Hungernde Menschen können oft nur unter Lebensgefahr Hilfsgüter empfangen.

Auch für unsere humanitären Helfer ist die Verteilung lebensgefährlich, ihre Lebensbedingungen sind extrem: Nur zwei von 50 Mitarbeitenden leben überhaupt noch in ihren Häusern. Alle anderen wurden seit Oktober mehrfach vertrieben und suchen Zuflucht bei Gastfamilien, in Notunterkünften, Zelten oder auf dem Gelände von Kirchen. Drei Caritas-Mitarbeitende sind im Gaza-Streifen seit Kriegsbeginn ums Leben gekommen.

Es ist unerträglich, dass und wie sehr Akteure der humanitären Hilfe in diesem bewaffneten Konflikt angegriffen werden.

Nach dem humanitären Völkerrecht genießen humanitäre Helfer besonderen Schutz!

Das Kriegsvölkerrecht verpflichtet alle Konfliktparteien, reguläre und irreguläre Streitkräfte!

Der besondere Schutz der Zivilbevölkerung, der Verwundeten, der Kranken und Kriegsgefangenen, der medizinischen Fachpersonen und last but not least der humanitären Helfer darf nicht außer Kraft gesetzt werden! Was 1949 die Genfer Abkommen und ihre Zusatzprotokolle als Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg gestalteten, darf heute im Angesicht so viel schrecklicherer Waffen nicht zur Disposition gestellt werden. Es ist eine Errungenschaft des 20. Jahrhunderts, um die Barbarei des Krieges zu begrenzen.

Alle Kulturen haben immer schon die Idee gehabt, dass es Grenzen für die Gewalt geben muss. Kriege brauchen und haben Grenzen! Nicht zuletzt, damit Frieden eines Tages wieder beginnen kann.

Eva Maria Welskop-Deffaa

Präsidentin des Deutschen Caritasverbandes